Der Antrag der SPD bezüglich der Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge wird von Frau Wawrzyniak-Knott im Namen der SPD zurückgezogen.

Im Weiteren wird die Vorlage der Verwaltung beraten und noch offene Fragen dazu beantwortet und mitgeteilt, dass die Städte Bornheim, Hennef und Troisdorf derzeit die einzigen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis sind, die sich für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte entschieden haben.

Frau Miethke schlägt vor, den Beschlussvorschlag um den am Ende der Vorlage genannten Hinweis der Verwaltung zu ergänzen.

Beschlussvorschlag:

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden erheblichen Mehrbelastung für den gemeindlichen Haushalt, gerade im Haushaltssicherungskonzept, sowie kein besonderen Vorteil bei der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen mit einer Aufenthaltsdauer von unter 15 Monaten in der Bundesrepublik, beschließt der Rat von der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte abzusehen.

Ergänzung:

Darüber hinaus wird die Verwaltung über die Thematik im nächsten Jahr, basierend auf den Erfahrungen der Kommunen, die sich für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in 2017 entschieden haben, im Fachausschuss berichten.